

Öffentliche Daseinsvorsorge ist unverzichtbares Menschenrecht

Konferenz der LINKEN in Leipzig zeigte Alternativen zum Privatisierungswahn auf

Auf Einladung der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht, des Stadtverband der Partei DIE LINKE.



Leipzig, der Stadtratsfraktion der LINKEN sowie des Kommunalpolitischen Forums Sachsen e.V., nahmen am 19. April 2008 weit mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer - darunter auch ausländische Gäste - an der ganztägigen, von dem Leipziger Journalisten Dr. Helge-Heinz Heinker souverän moderierte Konferenz „(Re)Kommunalisierung statt

Privatisierung“ teil.

Im Mittelpunkt der im Neuen Rathaus zu Leipzig veranstalteten Tagung stand der Austausch von Erfahrungen aus unterschiedlichen Städten und Ländern, wie europaweit der Protest und Widerstand gegen die Privatisierungspolitik gestärkt und Rekommunalisierungen künftig befördert werden können. Die Rednerinnen und Redner aus dem In- und Ausland machten deutlich, dass sie die öffentliche Daseinsvorsorge als ein unverzichtbares Menschenrecht ansehen und das der derzeitige neoliberale Privatisierungswahn in der Praxis fast immer zu höheren Preisen, zum Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen führt.

Die insgesamt zwölf Referentinnen und Referenten befassten sich mit dem gesamten Spektrum des Themas, darunter dem Recht auf Wohnen, der Mobilität für alle und Aspekten der sozialen Daseinsvorsorge. In ihrem Eingangsreferat betonte Sahra

Wagenknecht, dass die Stärkung der Daseinsvorsorge zugleich auch stets die Verteidigung des öffentlichen Eigentums und damit den Erhalt eines notwendigen Grades der Vergesellschaftung beinhaltet. Zudem sagte sie: "Die Linke muss die Partei werden, die sich am engagiertesten für Rekommunalisierung einsetzt."

Auf besondere Resonanz stieß der Beitrag von Asbjørn Wahl, der in seiner Eigenschaft als Nationaler Koordinator der norwegischen Kampagne für den Wohlfahrtsstaat, über seine umfangreichen bündnispolitischen Erfahrungen im Kampf gegen den Neoliberalismus berichtete.

In der anschließenden Diskussion wurde immer wieder auch auf die Erfahrungen des siegreichen Bürgerbegehrens vom 27. Januar 2008 in Leipzig Bezug genommen und deutlich gemacht, dass dieser Erfolg durchaus bundespolitische Ausstrahlung besitzt.

Dr. Volker Külöw

noch Restplätze

Für die Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen am 7. und 8. Juni 2008 in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau sind noch wenige Restplätze verfügbar. Wer noch mitfahren möchte, möge sich bitte per Email unter agjg@linkspartei-leipzig.de anmelden.

Wahlkampfunterstützung zur OBM-Wahl in Dresden

Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig will am Samstag, den 31. Mai 2008 den Dresdner Stadtverband mit einem Wahlkampfteam unterstützen. Die WahlkämpferInnen fahren mit dem Zug nach Dresden (Treff: 8:30 Uhr Hauptbahnhof Leipzig, Westhalle). Die Fahrtkosten werden durch den Stadtverband übernommen. Wer an diesem Tag Zeit und Lust hat, möge sich bitte vorher in der Geschäftsstelle unter Telefon: 0341 14064411 bzw. per Email vorstand@die-linke-in-leipzig.de anmelden.

Einberufung der 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Der Stadtvorstand beruft die 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig für Samstag, den 21. Juni 2008 von 9:00 bis 17:00 Uhr ein.

Die Konferenz findet im Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69, 04229 Leipzig statt. Es ist folgende vorläufige Tagesordnung geplant:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Referat DIE LINKE. Leipzig ein Jahr vor dem Wahljahr 2009 und erste Vorstellungen zum Kommunalwahlprogramm
4. Diskussion
5. Änderung Finanzplan 2008
6. Schlusswort

Antragsschluss ist der 27. Mai 12:00 Uhr

Erster Workshop zur Erarbeitung eines neuen Kommunalwahlprogramms

Die durch Beschluss von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion gebildete Arbeitsgruppe „Kommunalwahlprogramm“ lädt Interessenten für

Fr., den 30. Mai, 18:00 - 20:00 Uhr

zum ersten Workshop zur Erarbeitung eines neuen Wahlprogramms ein.

Angesichts des hoffentlich schönen Wetters und einer Auftaktveranstaltung angemessen treffen wir uns im Hof des Liebknecht-Hauses. Selbstverständlich

wird der Grill im Einsatz sein und auch für Getränke ist gesorgt.

Natürlich wollen wir ernsthaft u. a. über folgende Fragen diskutieren:

- Wie ist die gegenwärtige Lage in Leipzig zu charakterisieren? Was hat sich in den letzten Jahren verändert und wie sollte DIE LINKE darauf reagieren?
- Wie hat sich unser Verhältnis zu anderen Parteien in Leipzig entwickelt und welche Konsequenzen hat dies für das neue Wahlprogramm?
- Welche Hauptschwerpunkte sollte das

neue Wahlprogramm enthalten?

· Weshalb versteht sich DIE LINKE in Leipzig weiterhin als alternative Gestaltungspartei und was bedeutet diese strategische Zielstellung unter veränderten Bedingungen?

· Wessen Interessen sollte DIE LINKE als eine der drei großen Parteien in Leipzig vertreten? Wenden wir uns mit unserem Programm inhaltlich an alle Bürgerinnen und Bürger oder konzentrieren wir uns auf ausgewählte Zielgruppen?

Dr. Dietmar Pellmann
Leiter der Arbeitsgruppe

Rückmeldungen bitte bis 28. Mai - 14:00 Uhr an die Geschäftsstelle

Für eine starke Linke: Wie kritisch ist eine Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE in Sachsen zu sehen?

Im Superwahljahr können wir die Weichen für einen Politikwechsel in Sachsen stellen. In unserer Partei gibt es eine spannende Debatte, wie dies geschehen kann: aus der Opposition heraus oder nur in der Regierung? Erklärtes Ziel einer Mehrheit des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der LINKEN im Landtagswahlkampf ist die Ablösung der von der CDU geführten Landesregierung und die Bildung einer Regierung ohne CDU, in der die LINKE als stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellt. Es ergeben sich dazu eine Reihe Fragen. Um sie beantworten zu können, spielen eine Reihe Faktoren eine Rolle: das Wahlergebnis natürlich, aber bedeutet eine

rechnerische Mehrheit auch schon die erforderliche Macht? Welches sind die politischen Ausgangsbedingungen und die realen Machtverhältnisse in Sachsen? Welche Rolle können Kriterien bzw. Mindestanforderungen an eine Regierungsbeteiligung spielen? Stärkt oder schwächt eine Regierungsbeteiligung der LINKEN die außerparlamentarische Bewegung? Gibt es eine gesellschaftliche Basis für „grundlegende und nachhaltige Veränderungen“ in Sachsen? Bereits bei der Erarbeitung unseres Wahlprogramms ist eine breite Debatte in der gesamten Partei notwendig. Wahlkampf muss über Politik und nicht über Koalitionen geführt werden, d. h. schrei-

Literaturcafe im Juni – NICHT „UNTER DACH“ sondern „UNTER FREIEM HIMMEL“

Erinnern an Clara Zetkin - zum 75. Todestag

Die AG LISA lädt am Freitag, den 20. Juni 2008, 16:00 Uhr, zu einem kleinen Programm am Clara-Zetkin-Denkmal im gleichnamigen Park ein.

Wir hoffen in diesem Jahr auf gutes Wetter, da im letzten Jahr unsere kleine Feier zum 150. Geburtstag buchstäblich ins Wasser gefallen war.

ben wir ein Programm, das unser Profil mit Blick auf unsere politischen Aussagen schärft oder eins, dass eventuellen zukünftigen Koalitionen Rechnung trägt? Schließlich halten wir es für zentral, die gesamte Partei in solche wichtigen Entscheidungen wie die Regierungsbeteiligung einzubeziehen und plädieren für eine Urabstimmung im Landesverband, wenn diese Frage zum gegebenen Zeitpunkt entschieden werden soll. Wir laden deshalb alle, die sich weiter in die Debatte einbringen und sich für ei-

nen Mitgliederentscheid einsetzen wollen, zu einem Treffen ein: Gegenüber der Ankündigung in SO! verlegt auf Samstag, 14. Juni 2008, 10:00 bis 14:00 Uhr, Historischer Hörsaal (Zimmer 409) der Volkshochschule Leipzig, Löhrrstraße 3-5

Vorschlag für eine Tagesordnung:

Zwei Impulsvorträge

· Die kontroversen Standpunkte zur Regierungsbeteiligung in der Partei DIE LINKE

· Die politischen und sozialen Ausgangsbedingungen in Sachsen
Diskussion zu beiden Vorträgen
Vorschlag für eine zu bildende Initiative und wie sie sich in die Diskussion über die Regierungsbeteiligung einbringen will
Diskussion zum Vorschlag

Wir freuen uns auf viele Interessierte und eine rege Debatte.

*Gabriele Engelhardt/Paul Glier
Chemnitz/Leipzig*

Geht Leipzig nun Pleite? oder Was tun?

Es gibt eine Reihe von Menschen, die meinen, dass beim Geld die Freundschaft aufhört und die Jacke näher sei als die Hose. In unserer Partei sind solche Denkweisen zum Glück selten, sind wir doch in den politischen Grundüberzeugungen darüber einig, dass Solidarität ein hohes Gut ist. Insoweit gibt es auch einen Konsens darüber, dass in der Gesellschaft die (finanziell) gut gestellten dazu herangezogen werden müssen, die Lage der Schwächeren zu verbessern. So weit, so gut, aber gilt diese Perspektive auch innerhalb unserer Partei? Oder sollen hier andere Maßstäbe herangezogen werden? Um auf diese Fragen Antworten zu finden, muss ein wenig ausgeholt werden.

In den 90er Jahren wurden verschiedene Prognosen darüber aufgestellt, wie sich die Mitgliederzahl der PDS entwickeln wird. Der angenommene Rückgang in Sachsen fand zwar weniger schnell, aber deutlich spürbar statt. Bei Wahlkämpfen nehmen die Probleme zu, GenossInnen zu finden, die Infostände besetzen, Material verteilen. An Veranstaltungen nehmen immer weniger GenossInnen teil. Die Mitgliederentnahmen sinken, trotz freiwilliger Beitragserhöhungen. Auch die Gründung der LINKEN hat diese Tendenz nicht gestoppt. Wir haben also ein Problem.

Die sinkenden Mitgliederentnahmen sind insbesondere für Flächenkreise ein großes Problem. Die fast ausschließlich ehrenamtliche Arbeit muss über große Entfernungen abgesichert werden, die Dichte der Mandatsträgerinnen, Mitarbeiterinnen und die Mitgliederzahlen sind auch nach der Gebietsreform niedriger als in den drei großen Städten. Aber

auch für den Landesverband steht das Problem, da sich die sinkenden Einnahmen direkt auf den Landesverband auswirken. Das ist dramatisch, da der Landesverband als Arbeitgeber für alle bei der LINKEN Angestellten fungiert und mit sinkenden Einnahmen und den nötigen Tarifsteigerungen umgehen muss. Diese Situation ist strukturell und nicht durch Misswirtschaft oder sinnlose Ausgaben verursacht ist. Sie ist auch nicht neu, sondern wurde seit Jahren diskutiert. Nicht umsonst sollte einer der Schwerpunkte im Parteireformprozess das Thema Finanzen sein. Leider sah die Mehrheit des Stadtvorstandes die Dringlichkeit dieses Problems 2005 noch nicht.

Verschiedene Lösungsansätze wurden in Sachsen über Jahre intensiv erörtert. Unter anderem die Neuaufteilung der Beitragseinnahmen zu Gunsten des Landesverbandes oder die Verlagerung der Kosten für MitarbeiterInnen an die Kreise, in denen diese tätig sind. Nach langer Diskussion und einer Vertagung durch den Landesparteitag, beschloss im September 2007 das Gremium aus Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden eine Finanzordnung, die festschreibt, dass Personalkosten dort zu tragen sind, wo die MitarbeiterInnen eingesetzt sind. Das heißt für Leipzig, dass beide Personalstellen (für die Schatzmeisterin und die Geschäftsführerin) vom Stadtverband zu bezahlen sind. Damit steigen im Stadtverband die Personalkosten dramatisch an und machen einen Rückgriff auf unsere Ersparnisse nötig.

Aber auch diese Entscheidung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsit-

zenden war nicht im Ansatz überraschend. Da zu erkennen war, welche Folgen der Beschluss der Finanzordnung haben würde und dass es eine Mehrheit dafür geben würde, hatte ich im Vorfeld zu Gesprächen mit dem Landesschatzmeister, den Mitarbeiterinnen und der stellvertretenden Stadtvorsitzenden eingeladen, um einen gangbaren Kompromiss zu suchen. Beide Mitarbeiterinnen waren sehr kooperativ und bereit, teilweise in anderen Kreisverbänden oder für den Landesverband außerhalb von Leipzig zu arbeiten. Im Gegenzug hätte der Stadtverband eine geringere Sum-

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

me an den Landesverband überweisen müssen. Diesem Kompromiss zeigte sich auch der Landesschatzmeister aufgeschlossen. Über konkrete Vereinbarungen sollte zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden. Ebenso gab es das Angebot des Kreisvorsitzenden von Torgau/Oschatz, gegen eine Teilübernahme der Kosten tageweise die Unterstützung der Leipziger Mitarbeiterinnen in Anspruch zu nehmen.

Aber: seitdem ist nichts passiert. Als dann der Haushaltsplan 2008 beruhend auf den Regelungen der Finanzordnung an die Vertreter des Landesvorstandes, des Landesrates und die Kreis- und Stadtvorsitzenden ging, der für Leipzig einen Personalkostenanteil von fast 100 Prozent veranschlagte, wurden die Auswirkungen für den SV Leipzig beklagt. Wer ist nun Schuld, der Landesschatzmeister, der sich an die beschlossene Finanzordnung hält? Der Landesvorstand, weil er das zugelassen hat? Landesrat, Landesvorstand und Kreisvorsitzende, weil sie so beschlossen haben?

Ganz offen: Wer unter den eben genannten ein schwarzes Schaf suchen will, auf das die Schuld für die jetzige Leipziger Finanzsituation abgewälzt werden kann, wird sich im gesamten Landesverband lächerlich machen und unseren Stadtverband gleich mit.

Mit erheblicher Verspätung sollten wir uns jetzt der Aufgabe widmen, eine für alle tragbare Lösung zu finden. Diese darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen oder auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Beide Mitarbeiterinnen sollten nicht in die Situation versetzt werden, als Anwalt in eigener Sache verhandeln zu müssen. Die Lösung muss Kündigungen in Leipzig und auch im Landesverband verhindern. Sie muss die politische Arbeit in Leipzig aber auch im Landesverband sichern. Denn ganz klar, Leipzig ist nicht ein „kleines gallische Dorf“ in feindlicher Umgebung, sondern trägt eine Mitverantwortung für den Landesverband. Wenn wir uns mit nahezu jedem anderen Kreis- bzw. Stadtverband vergleichen, werden wir

feststellen: Wir sind die Starken in Sachen. Daher bedürfen wir einer Konsenslösung, denn im Streitfall wird unser finanziell besser ausgestatteter Stadtverband nur wenig Verständnis von den anderen Kreisen erwarten dürfen. Die Auswirkung auf die Abstimmungen auf Landesebene kann sich jedeR selbst ausrechnen.

Gesprächsbereitschaft wurde sowohl vom Landesschatzmeister als auch von den Kreisvorsitzenden signalisiert, die Beschäftigten sind kompromissbereit. Ein konfrontativer Kurs, dass ist für jedeN zu erkennen, würde auf Kosten der Beschäftigten und des politischen Ansehens des Stadtverbandes gehen. Er birgt keine tragfähige Lösung. Kompromisse sind möglich und mehr denn je nötig, sie müssen nur gesucht werden. Für einen solchen Prozess, der auch innerparteilich Solidarität als leitende Orientierung hat, stehe ich als frühere stellvertretende Stadtvorsitzende und als Mitglied des Landesvorstandes gern zur Verfügung.

Stefanie Götz

Was bewegt (junge) Menschen am 1. Mai nicht nur nicht zur traditionellen Gewerkschafts-Manifestation zu gehen, sondern auch noch mit einer politischen Aktion zu intervenieren?

„Wach auf du junge Garde des Proletariats“, so tönte es aus dem Lautsprecherfahrzeug der IG Metall, als sich am 1. Mai recht früh am Morgen um die 200 Menschen am Connewitzer Kreuz zum Demonstrationzug formierten. Kein motivierender Redebeitrag, der die aktuellen Debatten um zunehmend prekäre Arbeit, um aktuelle Lohnkämpfe, um den wachsenden Druck auf Erwerbslose aufgriff, nein ausschließlich das alte Liederrepertoire begleitete den Zug akustisch. Nicht nur kulturell ist die alljährliche Mai-Manifestation für interessierte und kritische jüngere Leute oder die, nicht mehr neue, dafür aber permanent wachsende soziale Gruppe der „Prekären“ oder/ und Multi-Minijobbenden nicht besonders ansprechend. Die Zelebration von Erwerbsarbeit als Allheilmittel, wie es die 1. Mai-Demonstration mittels Beschallung, Transparenten und Schildern spiegelt, wird in gesellschaftspolitischen Debatten zunehmend kritisch betrachtet. Der beunruhigende Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen dürfte die These, dass

Erwerbsarbeit vor Armut schützt, offensichtlich widerlegen.

Auch wenn die Arbeitsagentur dieser Tage positive Trends auf dem deutschen Arbeitsmarkt verkündet oder der Bundesarbeitsminister sogar die baldige Realisierung der Vollbeschäftigung prognostiziert, kann nicht ausgeblendet werden, dass diese Vollbeschäftigung auf der Ausweitung des Billiglohnssektors basiert. Die permanente Vernichtung von Arbeitsplätzen ist zudem die Kehrseite des modernen, technologiebasierten Kapitalismus. Ein Blick auf die „Reservearmee des Kapitals“, die bei 3,4 Millionen plus 1,6 Millionen (Laut Ulrich Walwei, Vize-Chef des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), kommt zur Zahl der offiziell erfassten Erwerbsarbeitslosen eine so genannte „Stille Reserve“ derer, die sich nicht arbeitslos melden.) bundesweit und bei einer Zahl von 64.366 in Leipzig liegt, die wachsende Zahl prekär Beschäftigter oder unentgeltlich tätiger Prakti-

kantInnen dürfte dabei Bände sprechen. 6,5 % aller 247.000 sozialversichert beschäftigten LeipzigerInnen waren laut dem örtlichen DGB zum Dezember 2007 Hartz-IV-AufstockerInnen, hinzu kommen MinijobberInnen und Selbständige, die nur mittels staatlichen Zusatzleistungen ihre Existenz sichern können.

Fernab der Zahlen-Placebos und Motivationsparolen von verantwortlichen PolitikerInnen braucht es vor diesem Hintergrund - gerade in der Linken - grundsätzliche Debatten um die auf Ausbeutung von Arbeitskraft basierende kapitalistische Wirtschaftsweise und deren Zukunftsfähigkeit. Dies schließt die Sinnfrage nach dem „Wert“ eines menschlichen Lebens ein: berechtigt erst Erwerbsarbeit zur Teilhabe an der gesellschaftlichen Reproduktion? Stehen dem Menschen nicht „weil er ein Mensch“ ist essentielle Leistungen zu? Welche Arbeit muss für eine nicht-kapitalistisch organisierte Gesellschaft aufgewendet und wie sollte diese gesellschaftliche Reproduktionsarbeit organisiert werden? Die jungen Leute, die sich in Leipzig am 1. Mai der Gewerkschaftsdemonstration entgegenseetzten, woll(t)en - in einer wohl streitbaren Form, nämlich mit einer Liegestuhl-Blockade, die symbolisch für einen Lebensanspruch steht, der sich nicht

aus Erwerbsarbeitszwang speist - genau diese Fragen aufwerfen. Sie sehen in der Kritik der kapitalistischen Erwerbsarbeit und dem zugehörigen Arbeitsfetisch „eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Gesellschaftskritik, welche den Weg hin zu einer befreiten Gesellschaft möglich macht“. Diese Perspektive schließt soziale Proteste

und Engagement für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen keineswegs aus. Es geht im Gegenteil um die Verschränkung von beiden Aspekten, darum auch im realpolitischen Raum, linke Gesellschaftskritik und -visionen nicht aus dem Blick zu verlieren.

„Niemand muß dich extra zwingen, wenn du selber mitmachst. Niemand muß dich

gleichschalten, wenn du dich selber gleichsetzt, um auf dem Markt zu konkurrieren und dich vergleichen zu können, um zu den Siegern und nicht zu den Verlierern zu gehören.“ so könnte die sinnige Begleitmusik einer linken Mai-Demo heute beispielsweise lauten.

Juliane Nagel

Eine Reaktion auf den Beitrag von Joachim Finster „Wie und für wen arbeitet die Stadtratsfraktion der LINKEN?“

Der Genosse Finster schildert in seinem Beitrag eindrucksvoll die hervorragende Arbeit (die ich nicht in Abrede stellen möchte) der Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig aus seiner für mich privilegierten Sicht als "Fachberater". Er meint, dass wenn die Autoren des Papiers "Kein Weiter So!" behaupten, die Fraktion würde abgekoppelt von der Partei agieren, man zumindest, ich zitiere, "die Arbeit und Arbeitsweise kennen" sollte. Ich würde gern Kenntnisse und Einblick über die Arbeit der Ratsfraktion erhalten. Nur bleibt es mir und vielen anderen GenossInnen versagt, unsere Fraktion tagt nämlich bekanntlich nicht öffentlich. Wie soll man also die Arbeit und Arbeitsweise kennen lernen? Die Antwort bleibt Genosse Finster den Leserinnen und Lesern des Mitteilungsblattes schuldig. Indes, beschlossen hat der Stadtparteitag den Sachverhalt. Diese Tatsache

meint im Übrigen die Äußerung, die Fraktion würde abgekoppelt von der Partei agieren.

Eine Fraktion, die ein gläsernes Rathaus fordert, muss zunächst dafür sorgen, dass sie selbst gläsern ist. Für mich heißt das im Klartext, dass die Sitzungen der Stadtratsfraktion zumindest parteiöffentlich sind. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum nur den Stadtvorstandsmitgliedern, "Fachberatern" oder Mitgliedern höherer Gremien das Recht eingeräumt wird, an Fraktionssitzungen teilzunehmen. Warum wird in unserem Stadtverband der Partei DIE LINKE eine Klassengesellschaft toleriert? Andere, fast alle, Linksfraktionen in Kommunalparlamenten tagen öffentlich. Es ist einfach selbstverständlich und es speißt sich aus dem politischen Selbstverständnis einer linken Partei! Nur in Leipzig wieder einmal nicht! Die Gründe dafür

konnte mir noch kein Befürworter der geschlossenen Fraktionssitzungen plausibel erklären - warum muss das so sein? Die Begründung, dass eine Mehrheit im Stadtverband das so sieht, hat für mich keinen substantiellen und überzeugenden Charakter. Auch Mehrheiten können falsche Ansichten haben. Das Desinteresse einer Mehrheit an der politischen Arbeit einer (ihrer) Fraktion kann nicht Grundlage eines Beschlusses sein, der die interessierte Minderheit ausschließt. Für mich persönlich entsteht langsam der Eindruck, als würden Gäste und Interessierte als Störfaktor angesehen, anstatt als Bereicherung, auch mal Sichtweisen „von außen“ einzubringen.

Ich appelliere noch einmal ausdrücklich an unsere Ratsfraktion, endlich die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, die Fraktionssitzungen öffentlich durchzuführen. Eine Ausgrenzung von Mitgliedern unserer Partei ist schädlich für die Innerparteiliche Demokratie!

Thomas Netzer

Gründungserklärung

Die AG Diskurs stellt sich zum Ziel, die Prozesse in der Leipziger Linken hin zu modernen Politik- und Kommunikationsformen, die mit dem Stadtforum am 25. März 2008 begonnen wurden, zu befördern und zu verstetigen.

Wir verstehen uns - wie die Initiativegruppe des Leipziger Bürgerbegehrens, aus der eine Reihe von Akteuren in dieser AG mitarbeiten - vor allem als Dienstleister, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemühen, dem Artikulationsbedarf der Basis der Leipziger LINKEN und ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten Raum zu geben. Unser zentrales Ziel ist es, die Chancen und Risiken linker Vielfalt im Leipziger Stadtverband der LINKEN deutlicher heraus-

zuarbeiten.

Wir gehen davon aus, dass linke Politik sich nicht in einer Folge von Entscheidungsprozessen erschöpfen kann, in denen das „Grundprinzip ... der Mehrheitsentscheidung als ältestes demokratisches Element“ (Skadi Jennicke: Langer Atem statt Brechstange. Mitteilungsblatt Stadtverband Leipzig vom 18. März 2008) in den Mittelpunkt gerückt wird. Stattdessen halten wir mehr vom Grundprinzip der Freien Software Szene „rough consensus and running code“ - grobe Verständigung und erfolgreiches Agieren.

Die AG Diskurs wird sich deshalb im Gegensatz zu anderen AG's und IG's keine feste Struktur geben, den Diskurs-

gedanken in den Vordergrund rücken und Entscheidungen - auch über eigene Arbeitsformen - sehr sparsam treffen. Insbesondere werden wir das Recht einer AG, eigene Delegierte zu Parteitage zu entsenden, nicht wahrnehmen. Wir laden Genossinnen und Genossen sowie auch Sympathisantinnen und Sympathisanten des Leipziger Stadtverbands der Linken ein, sich unter diesen Bedingungen an unserer Arbeit zu beteiligen.

Gründungsmitglieder:

Margitta Klug, Gerd Eiltzer, Hans-Gert Gräbe, Ingo Groepler-Roeser, Michael Lindner, Thomas Netzer

weitere Mitglieder:

Kornelia Richter, Paul Frost

Wie eine brennende Debatte unter „Einseitigkeit“ leidet

Ein Versuch zu einer ernsthaften und überfälligen Debatte einzuladen

Nicht erst die Reflexion auf den 1. Mai durch Jule hat uns veranlasst, eine bereits 2006 begonnene und nunmehr bereits im März wieder aufgenommene Diskussion zu einem gesellschaftspolitisch zentralen Problemkreis „Arbeit und Vollbeschäftigung – bedingungsloses Grundeinkommen“ in den Mittelpunkt unseres Wirkens als AG „Soziale Politik“ zu stellen.

Wir teilen die Auffassung, dass diese Thematik ohne eine grundlegende Kritik der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem Wesensmerkmal der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft nicht in der Lage ist, eine ausbeutungsfreie gesellschaftliche Alternative, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Manifest der Kommunistischen Partei), zu entwickeln.

Andererseits sind wir der Meinung, dass diese Alternative nur in einer langfristigen und intensiven Debatte, ausgehend von den heutigen Bedingungen unter denen die jetzigen Generationen ihre politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen sammeln und nach Wegen zur Erreichung dieser Vision suchen, gedanklich vorzubereiten und mit praktischer Einflussnahme auf die heutigen Zustände zu entwickeln ist. Diesem Ziel

dient die von uns angebotene Diskussionsreihe.

Während zum Auftakt eine Analyse der verschiedenartigsten Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens – ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede – mit einer PowerPoint-Präsentation und einem Diskussionspapier der Sprecherin Pia Witte (unter <http://www.witte-leipzig.de>) im Mittelpunkt stand, wurde in der zweiten Veranstaltung speziell das Modell der linken BAG Bedingungsloses Grundeinkommen zur Disposition gestellt. In der am 27. Mai 2008 18:00 Uhr im linxxnet werden wir uns gezielt der Frage nach dem Charakter der Arbeit zuwenden. Insofern trifft der Kommentar von Jule Nagel zum 1. Mai genau diesen Gegenstand.

Es lohnte sich demnach, hier nunmehr endlich in eine gewollt kontroverse Diskussion einzusteigen. Denn, und das ist das eigentlich enttäuschende, unsere bisherigen Angebote wurden nicht von den Verfechtern des bedingungslosen Grundeinkommens angenommen. Damit fehlt jedoch das entscheidende Element eines fruchtbaren und zu neuen Erkenntnissen führenden Streitgesprächs.

Um es klar zu formulieren: Wir stehen nicht für eine „Zelebrierung von Erwerbsarbeit als Allheilmittel“ oder gar einer To-

lerierung von Vollbeschäftigung mit massenhaftem Niedriglohnsektor. Allerdings unterscheiden wir Arbeit von der kapitalistischen Form der ausbeutenden Lohnarbeit. Wir verbinden im Engels'schen Sinn „Die Rolle der Arbeit bei der Menschwerdung des Affen“ mit einer ausbeutungsfreien gesellschaftlichen Alternative.

Es geht uns jedoch nicht um einen theoretischen und visionären Diskurs, sondern um Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für heutige linke Politik. Wir werden immer häufiger damit konfrontiert, dass die aktuelle und notwendige Debatte von Teilen der Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens vorgeschoben wird, um sich den aktuellen Kämpfen um Verbesserung der Lebens- und Existenzbedingungen zu verweigern. Doch die Menschen können nicht warten, bis die neue ausbeutungsfreie Gesellschaft geschaffen ist. Das ist u.E. die Brisanz der Problematik.

Als AG „Soziale Politik“ werden wir entsprechend unseren Leitlinien verstärkt in die gesellschaftspolitische Debatte eingreifen. Zunächst noch im lokalen Rahmen, aber erste Vorbereitungen für ein bundesweites Forum sind bereits in Arbeit.

Deshalb nochmals unser Aufruf: Nehmt unser Angebot zum Streitgespräch an, verweigert euch nicht länger!

Petra Weißfuß/Pia Witte

Erfolgreiche Eröffnung der Wolfgang-Abendroth-Universität in Leipzig!

Am 22. April 2008 benannte der Linke.SDS-Leipzig die Universität Leipzig symbolisch in „Wolfgang-Abendroth-Universität“ um. Gegen 12:45 Uhr zerschnitten Mitglieder des linken Studierendenverbandes in Leipzig ein rotes Band vor dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum in der Beethovenstraße, verteilten Flugblätter und wiesen mit

Mikrofon und Transparent, auf dem „Umbenennungsaktion 2008: Wolfgang-Abendroth-Universität. Sozial. Gerecht. Kritisch. Ausfinanziert. Demokratisch.“ stand, auf ihr Anliegen hin.

Mit der Taufe auf den Namen Wolfgang Abendroth, welcher als einer der wenigen deutschen Professoren die 68er-Bewegung auch praktisch unterstützte und an der Marburger Universität kritische, marxistische Wissenschaft etablierte, verbanden die Studenten politische Forderungen. Sie verlangten eine demokratische Hochschulverfassung, offenen Zugang zum Studium für alle ohne NC oder Studiengebühren, die Unabhängigkeit der Lehre von wirt-

schaftlichen Interessen und die Etablierung kritischer Wissenschaften. Erst mit der Erfüllung dieser Forderungen, könne sich die Universität Leipzig den Namen des politischen Wissenschaftlers verdienen. Als Teil einer bundesweiten Aktion des Linke.SDS setzten damit auch die Leipziger zwei politische Signale:

Erstens, eine demokratische, sozial gerechte und kritische Universität muss sowohl in Leipzig als auch bundesweit immer wieder eingefordert und erkämpft werden. Zweitens, ein erster Schritt dahin kann die Beschäftigung mit dem theoretischen Erbe und praktischem Handeln der 68er-Bewegung sein. Ein Ziel, welches der Kongress „40 Jahre 1968“ vom 2. bis 4. Mai in Berlin verfolgt, für den die Leipziger Studenten mit ihrer Aktion ebenfalls warben.

Pia Probst (SDS-Leipzig)



Flächennutzungsplan bestimmt die Stadtentwicklung für Jahrzehnte - Hinweise, Kritiken und Anregungen aus den Parteistrukturen sind gefragt

Am 5. Mai 2008 fand auf Einladung des Arbeitskreises 3 der Fraktion eine Verständigung mit den Mitgliedern der Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte der LINKEN zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes statt.

Mitarbeiterinnen des Stadtplanungsamtes und des Amtes für Umweltschutz stellten die Pläne vor und beantworteten Fragen. In seiner Einführung verwies Arbeitskreisleiter Reiner Engelmann darauf, dass der Flächennutzungsplan wie auch die Rahmenpläne für größere Stadtbereiche sogenannte vorbereitende Bauleitpläne sind, die zwar juristisch keine Rechtskraft haben, aber für die Stadtverwaltung verbindlich sind und für den Stadtrat Selbstbindung besitzen. Als Grundlage ersetzen sie aber nicht die rechtsverbindlichen Bebauungspläne oder Genehmigungen von Bauvorhaben nach § 34 des Baugesetzbuches.

Ergänzt durch Symbole stellen die farbig gestalteten Flächen des Stadtgebietes die Nutzung als Wohnbau-, gemischte oder gewerbliche Bauflächen, als Grün-, Wald-, Wasser und landwirtschaftliche Flächen, als Sonderbauflächen mit Einrichtungen von Bund und Land oder Flächen für Gemeinbedarfseinrichtungen und Verkehrsstraßen dar. Es werden ebenso Bereiche des Stadtumbaus, Trassenkorridore künftiger Straßen oder umzugestaltende Bahnanlagen ausgewiesen. Die neuen Ortsteile sind einbezogen. In den zurückliegenden Wochen hat die Stadtverwaltung in den Ausschüssen, in den Stadtbezirks- und Ortschaftsräten den Vorentwurf der Fortschreibung des seit 1995 gültigen Flächennutzungsplanes sowie den Landschaftsplan vorgestellt und bereits Anregungen gesammelt. Auch wenn diese Pläne aller 10 bis 15 Jahre fortgeschrieben werden, so bestimmen sie insbesondere durch realisierte Bauvorhaben die Stadtentwicklung für Jahrzehnte. Deshalb gebührt diesen Planwerken eine besondere Aufmerksamkeit auch unserer Fraktion.

Die meisten ostdeutschen Kommunen hatten Anfang der 90er Jahre absichtlich, in Konkurrenz zu Nachbargemein-

den, ungeordneten Wildwuchs von Wohnsiedlungen oder großflächigen Einzelhandel zugelassen oder selbst „auf Teufel komm raus“ großflächige Gewerbegebiete entwickelt, die oftmals nur als „beleuchtete Schafswiden“ die Landschaft in Anspruch nehmen. Im Gegensatz dazu beschloss die Leipziger Stadtverordnetenversammlung bereits im November 1990, dass der Generalbebauungsplan aus DDR-Zeiten so lange weiter gültig ist, bis er durch einen genehmigten rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan nach BRD-Recht ersetzt wird. Damit galt für das gesamte Stadtgebiet die verbindliche Bauleitplanung fort, die bei Bedarf kleinräumig durch neue Bebauungspläne und den Flächennutzungsplan von 1995 ersetzt wurde. Bereits bei dessen Erarbeitung unterbreitete 1993 die damalige PDS-Fraktion als erste Vorschläge und sprach sich dafür aus, Gewerbeflächen nicht allgemein auszuweisen, sondern die zukünftig für Produktion vorgesehenen Flächen als Industrieflächen auszuweisen oder Kleingartenflächen nicht als Bauvorbehaltsflächen auszuweisen, sondern zu schützen. Wir hatten bereits damals schon erklärt, dass die Entwicklung Leipzigs nicht ausschließlich von Banken und Dienstleitungen bestimmt werden darf, sondern Industrieproduktion zwingend dazu gehört. Abweichungen zwischen dem die Art der Flächennutzung beschreibenden Flächennutzungsplan und dem Landschaftsplan, der ökologische, archäologische und Landschafts- oder Naturschutzbelange detaillierter beschreibt, mahnen für die Bebauungsplanung und Baugenehmigungsverfahren eine sorgsame Beachtung an. Als absehbar war, dass für zahlreiche Wohnbauflächen kein Bedarf mehr bestand, beantragte unsere Fraktion, Baurecht zurückzunehmen. Vorher war aber nicht absehbar, welche Siedlungen als erste neu entstehen werden. Erinnerung sollte auch daran, dass die Umgestaltung der ehemaligen Bahnschneise Eilenburger Bahnhof zum Lene-Voigt-Park auf einen PDS-Antrag zurückgeht, ebenso wie der Antrag für ein Stadtteilzentrenkonzept von 1991. Dadurch ge-

lang es Leipzig, gegenüber anderen Städten einen Vorsprung bei der Stärkung des Stadtzentrums und der Stadtteilzentren gegenüber dem Handel auf der „grünen Wiese“ zu erreichen. Angesichts des in Leipzig Erreichten macht es nachdenklich, wenn auch Basisgruppierungen der Linkspartei polterndem Druck von Investoreninteressen erliegen.

Neu ist die Verknüpfung mit dem in Erarbeitung befindlichen Integrierten Stadtentwicklungskonzept, in dem abgestimmt die Stadtentwicklungspläne Wohnungsbau und Stadterneuerung, gewerbliche Bauflächen, Zentren, oder die Fachplanungen wie Nahverkehrsplan, Straßenhauptnetzzielplanung, Kindertagesstättenkonzept, Schulentwicklungsplanung und Kultur enthalten sind.

Wenn der „alles effektiver bewerkstellende Markt“ bisher eines nicht ersetzen wollte und konnte, dann ist es eine behutsame, gesamtgesellschaftliche Interessen berücksichtigende Stadtentwicklungsplanung – aber dann müsste er ja links sein.

Auch wenn die Phase der vorgezogenen Bürgerbeteiligung für die Vorentwürfe Mitte Mai abgeschlossen ist und nun die Qualifizierung zum Auslegungsentwurf erfolgt, der 2009 per Stadtratsbeschluss zur Auslegung kommen soll, so bestimmen doch die Stadträte das laufende Verfahren, d. h. sie können weiterhin Vorschläge machen sowie Änderungs- und Ergänzungsanträge stellen. Deshalb sind die Fraktionsmitglieder im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau, Dr. Bernhard Brand und Siegfried Schlegel, bereit, den Flächennutzungs- und den Landschaftsplan in Parteiversammlungen vorzustellen und zu diskutieren sowie Hinweise und Vorschläge aufzunehmen.

Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung

Ausstellung

Bis 15. Juni 2008 im linxxnet: „Momente des Widerstands“ Bilder, Plakate und Audio-Beiträge von den G8-Protesten 2007 in Heiligendamm. Mit Fotos vom Umbruch-Bildarchiv und dem Kunstprojekt „Holy Damn It“. Montag - Freitag 10 - 20 Uhr, Samstag 11 bis 14 Uhr

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 24. Mai 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Der rote Kakadu“. LHL.

Di., 27. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Diskussion der AG „Soziale Politik“: „Sinn und Charakter der Arbeit – beschäftigungspolitisches Eckpunktepapier der BT-Fraktion DIE LINKE“. linxxnet.

Mi., 28. Mai 2008 - 15:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung in China. Mit Dr. Helmut Ettinger, Sinologe, Berlin, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Mi., 28. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung in China. Mit Dr. Helmut Ettinger, Sinologe, Berlin, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10 a.

Mi., 28. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Diskussion der BO Lehrer-Süd: „Ist soziale Marktwirtschaft noch zeitgemäß?!“ Mit Herrn Prof. Paraskewopoulos (Uni Köln und Leipzig). LHL.

Do., 29. Mai 2008 - 17:00 Uhr

Vortragsabend mit Dr. Peter Hamann: „Alo Presidente. Vom Wandel der Staatsmacht in Lateinamerika“ sprechen. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Do., 29. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Nationale Geldpo-

litik im Euro-Raum. Mit Prof. Dr. Fritz Helmedag, TU Chemnitz. RLS.

Sa., 31. Mai 2008, 8:30 Uhr

Abfahrt zur Wahlkampfunterstützung nach Dresden. Es wird um vorherige Anmeldung in der Geschäftsstelle unter Telefon: 0341 14064411 bzw. per Email an vorstand@die-linke-in-leipzig.de gebeten. Hauptbahnhof, Westhalle.

Mo., 2. Juni 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann. Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Di., 3. Juni 2008 - 15:00 Uhr

Literaturcafé: Dr. Barbara Höll lädt zu einer literarischen Kaffeetafel ein. Es werden Lyrik und Prosa schreibender Frauen der Freitagswerkstatt und Dialog e. V. vorgestellt. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Di., 3. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: CSSR 1968: demokratischer Sozialismus oder Konterrevolution. Vortrag und Diskussion mit Prof. Bernd Koenitz, LHL.

Do., 5. Juni 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Eine Stunde mit dem Bürgermeister für Sport, Umwelt und Ordnung der Stadt Leipzig, Heiko Rosenthal, zu aktuellen Problemen. LHL.

Do., 5. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Hans Lauter – Leip-

zigs letzter Moorsoldat erzählt. In Zusammenarbeit mit dem BdA Leipzig, RLS.

Fr., 6. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Lesung und Gespräch: „Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke“ Mit der Autorin Prof. Dr. Frigga Haug, RLS.

Mo., 9. Juni 2008 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro, Georg-Schumann-Str. 112.

Mo., 9. Juni 2008 - 18:30 Uhr

Diskussion mit Dr. Barbara Höll zur Auswertung des Bundesparteitages, Canapee, Holzhäuser/Ecke Schönbachstraße.

Di., 10. Juni 2008 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde von MdB Dr. Barbara Höll, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 138, 04179 Leipzig.

Di., 10. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Diskussion zum Schwerpunkt „Demokratie“ Mit Ines Hantschick und Horst Pawlitzky. Moderation Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mo., 16. Juni 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Sa., 21. Juni 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „OLGA Benario“, LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 6/2008 ist Donnerstag, 5. Juni 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.